



# Plenartagung

## Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 6. bis 9. Juni 2011

### [EU-Haushalt 2014-2020 nicht einfrieren, rät der EP-Sonderausschuss](#) . . . . . 3

Den zukünftigen EU-Haushalt auf dem Niveau von 2013 einzufrieren, wie dies manche Mitgliedstaaten fordern, "ist keine gangbare Lösung", meint der Sonderausschuss des Parlaments für politische Herausforderungen. Die Empfehlungen des Ausschusses zum langfristigen EU-Haushalt 2014-2020 stehen nächsten Mittwoch zur Debatte und zur Abstimmung. Sie stehen im Vorfeld der in wenigen Wochen anlaufenden Verhandlungen zwischen EU-Abgeordneten und Mitgliedstaaten.

### [Wegekostenrichtlinie II: Lärm und Luftverschmutzung dem Güterschwerverkehr anrechnen](#) . . . . . 4

Das Prinzip "der Verschmutzer zahlt" soll in Zukunft auch für den Güterschwerverkehr gelten, sofern die Abgeordneten einer Änderung der derzeit geltenden Regeln der Wegekostenrichtlinie zustimmen. Der Vorschlag, auf den sich die Abgeordneten des Verkehrsausschusses und Vertreter der Mitgliedstaaten geeinigt haben, sieht die Einbeziehung der Kosten für Lärm und Luftverschmutzung in den LKW-Mautpreis vor.

### [Abstimmung über Bulgariens und Rumäniens Beitritt zum Schengen-Raum](#) . . . . . 5

Das Parlament wird darüber abstimmen, ob Bulgarien und Rumänien die Bedingungen erfüllen, um dem grenzkontrollfreien Schengengebiet beizutreten. Der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten bejaht dies, betont aber, dass das Parlament über zusätzliche Maßnahmen informiert werden müsse, die im Grenzgebiet zwischen Bulgarien, der Türkei und Griechenland getroffen werden, um auf einen eventuellen Anstieg des Migrationsdrucks zu reagieren.

### [Diskussion über E.coli-Ausbruch in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten](#) . . . 6

Die Abgeordneten werden am Dienstag mit der Kommission über den Ausbruch von EHEC(Enterohämorrhagische Escherichia coli) in Deutschland und in anderen Mitgliedstaaten diskutieren. Bis zum 31. Mai starben bereits 10 Menschen an der Krankheit und allein in Deutschland wurden bis dahin 373 schwere Fälle diagnostiziert.

### [Abgeordnete diskutieren Ungarns neue Verfassung](#) . . . . . 7

Rat und Kommission werden am Mittwoch die Europaparlamentarier darüber informieren, was sie planen, um zu garantieren, dass die geänderte ungarische Verfassung nicht gegen die Grundwerte und Prinzipien der EU verstößt. Die Abstimmung über eine diesbezügliche Resolution wird während einer späteren Plenarsitzung erfolgen.

### [EU-Russland-Gipfel: Pläne zur Vereinfachung der Visaregeln](#) . . . . . 8

Die Abgeordneten werden am Mittwoch mit Kommissar Füle unter anderem über den kürzlich vereinbarten Fahrplan zur Vereinfachung der EU-Visapolitik mit Russland debattieren, die bei dem am 9. Juni in Nizhny Novgorod stattfindenden EU-Russland-Gipfel zur Sprache kommen wird.

### [Strengere Regeln für Ratingagenturen](#) . . . . . 9

Das Parlament wird am Dienstag über seine Prioritäten für die Reform der Regeln für Ratingagenturen abstimmen, einige Wochen, bevor die Kommission einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen wird. Wichtig sind den Abgeordneten die Förderung des Wettbewerbs und die Verringerung der Abhängigkeit von Ratings. Die Fraktionen sind sich jedoch noch nicht über die beste Art der Bewertung von Staatsverschuldungen und über die Finanzierung einer europäischen Bewertungsstiftung einig.



# Plenartagung

## Mehr als das BIP..... 10

Das Bruttoinlandsprodukt galt lange Zeit als maßgeblicher Richtwert der Wirtschaft eines Landes; es berücksichtigt jedoch weder das Wohlbefinden der Menschen noch die Nachhaltigkeit der Nutzung von Ressourcen. Die Abgeordneten werden über zwei Texte abstimmen, die darauf abzielen, dass bei der Bewertung unserer Volkswirtschaften auch soziale und ökologische Aspekte neben dem Einheitsmaß von US-Dollar pro Kopf berücksichtigt werden.

## "Unangemessene" Nutzung des Europäischen Haftbefehls..... 11

Die Abgeordneten werden am Mittwoch Rat und Kommission über ihre Pläne befragen, wie sie der "unangemessenen" Nutzung des europäischen Haftbefehls ein Ende setzen wollen. Einige Parlamentarier befürchten, dass trotz der hohen Kosten für Auslieferungsverfahren von Verdächtigen dieser Haftbefehl zur Strafverfolgung von Kleinverbrechern wie Fahrraddieben benutzt wird. Dabei könnten auch Grundrechte verletzt werden.

## Weitere Punkte auf der Tagesordnung..... 12

Thema der Fragestunde mit Präsident Barroso am Dienstag um 15 Uhr wird das Ergebnis des G8 Gipfels in Deauville sein. Außerdem werden die Abgeordneten Stresstest für AKWs und die nukleare Sicherheit in den EU-Nachbarschaftsstaaten diskutieren.

**Pressedienst (Brüssel) :**  
Constanze BECKERHOFF

BXL: (+32) 2 28 44302  
STR: (+33) 3 881 73780  
PORT: (+32) 498 98 35 50  
EMAIL: [presse-de@europarl.europa.eu](mailto:presse-de@europarl.europa.eu)

**Pressedienst (Brüssel) :**  
Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141  
STR: (+33) 3 881 73603  
PORT: (+32) 498 98 33 32  
EMAIL: [presse-de@europarl.europa.eu](mailto:presse-de@europarl.europa.eu)

**Pressedienst (Brüssel) :**  
Ayla Sultan ÇIÇEK

BXL: (+32) 2 28 41009  
STR: (+33) 3 881 74005  
PORT: (+32) 498 98 13 37  
EMAIL: [presse-de@europarl.europa.eu](mailto:presse-de@europarl.europa.eu)

**Pressedienst (Berlin) :**  
Jens POTTHARST

STR: (+33) 3 881 64025  
PORT: (+49) 151 17 257 196  
EMAIL: [jens.pottharst@europarl.europa.eu](mailto:jens.pottharst@europarl.europa.eu)  
ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00

**Pressedienst (Wien) :**  
Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646  
PORT: (+43) 676 55 03 126  
EMAIL: [huberta.heinzel@europarl.europa.eu](mailto:huberta.heinzel@europarl.europa.eu)  
ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 01

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/newsletter>

### Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [Plenarsitzung live auf EuroParlTV](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

# Plenartagung

## EU-Haushalt 2014-2020 nicht einfrieren, rät der EP-Sonderausschuss

**Den zukünftigen EU-Haushalt auf dem Niveau von 2013 einzufrieren, wie dies manche Mitgliedstaaten fordern, "ist keine gangbare Lösung", meint der Sonderausschuss des Parlaments für politische Herausforderungen. Die Empfehlungen des Ausschusses zum langfristigen EU-Haushalt 2014-2020 stehen nächsten Mittwoch zur Debatte und zur Abstimmung. Sie stehen im Vorfeld der in wenigen Wochen anlaufenden Verhandlungen zwischen EU-Abgeordneten und Mitgliedstaaten.**

Die Abgeordneten des Sonderausschusses treten für eine Anhebung des so genannten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) um mindestens 5 % über dem Niveau von 2013 ein. Die Erhöhung ist laut Berichtsentwurf von Salvador Garriga Polledo (EVP, Spanien) notwendig, um die gemeinsam von den Mitgliedstaaten und dem Parlament bereits festgelegten Ziele zu erreichen.

Sollte der Rat anderer Auffassung sein, so solle er eindeutig angeben, "welche seiner politischen Prioritäten oder Projekte trotz ihres nachgewiesenen europäischen Zusatznutzens nunmehr völlig fallengelassen werden können".

Der Ausschuss fordert ein gleichbleibendes Fördervolumen für Regional- und Agrarpolitik, spricht sich jedoch für eine Erhöhung der Investitionen in Energieinfrastrukturen aus. Weitere Einsparungen könnten im administrativen Bereich der EU erzielt werden.

Die Abgeordneten kritisieren das derzeitige System der Mittelbereitstellung, das fast zur Gänze auf nationalen Beiträgen beruht. Sie fordern, allen Rabatten, Ausnahmen und Berichtigungsmechanismen ein Ende zu setzen. Ein Eigenmittelsystem, wie es von den EU-Verträgen vorgeschrieben wird, wäre weitaus „fairer, transparenter, einfacher und gerechter“, heißt es in dem Entschließungsantrag. Dies würde weder den Umfang des Haushalts beeinträchtigen noch die Steuerlast für die Bürger erhöhen.

*Eine Pressekonferenz des Berichterstatters, Salvador Garriga Polledo (EVP, Spanien), und der Vorsitzenden des Sonderausschusses, Jutta Haug (SPD, Deutschland), ist für Mittwoch um 14:30 Uhr geplant (Änderungen vorbehalten).*

*Debatte: Mittwoch, 8. Juni 2011*

*Abstimmung: Mittwoch, 8. Juni 2011*

*Verfahren: Nicht-legislative Entschließung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(26.05.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Q&A über die künftigen EU-Haushalt und Eigenmittel](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Salvador GARRIGA POLLEDO \(EVP, ES\)](#)

# Plenartagung

## Wegekostenrichtlinie II: Lärm und Luftverschmutzung dem Güterschwerverkehr anrechnen

**Das Prinzip "der Verschmutzer zahlt" soll in Zukunft auch für den Güterschwerverkehr gelten, sofern die Abgeordneten einer Änderung der derzeit geltenden Regeln der Wegekostenrichtlinie zustimmen. Der Vorschlag, auf den sich die Abgeordneten des Verkehrsausschusses und Vertreter der Mitgliedstaaten geeinigt haben, sieht die Einbeziehung der Kosten für Lärm und Luftverschmutzung in den LKW-Mautpreis vor.**

Wenn eine qualifizierte Mehrheit (mehr als 369 Abgeordnete) nächsten Dienstag der Revision der Wegekostenrichtlinie in 2. Lesung zustimmt, setzen die Abgeordneten einen entscheidenden Schritt zur besseren Umweltverträglichkeit von Frachtverkehr in der EU. Der schon in anderen Industriezweigen geltende Grundsatz „der Verschmutzer zahlt“ würde drei Viertel aller Güter betreffen, die derzeit im EU-Binnenverkehr über die Straße transportiert werden. Der durchschnittliche Aufpreis sollte 4 Cents pro Fahrzeugkilometer nicht übersteigen. LKW mit sauberen Motoren und jene, die außerhalb der Hauptverkehrszeiten fahren, werden begünstigt.

### Einkünfte der Modernisierung der Verkehrsnetze widmen

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich im Gegenzug, 15 % der Einnahmen in den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T) zu investieren, in erster Linie Bahn und Binnenschifffahrt. Der Rest soll vorrangig der Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturen und –mitteln dienen. Die verpflichtende Offenlegung der Einnahmen und Ausgaben durch die Mitgliedstaaten gegenüber der Kommission soll für öffentliche Transparenz sorgen.

Regierungsvertreter sowie Abgeordnete aus Ländern in EU-Randlage, die von einer Anhebung der Transportpreise stärker betroffen sein könnten, stehen dem Vorschlag nach wie vor ablehnend gegenüber. Die Kommission hingegen baut auf ihren 2008 vorgelegten Änderungsvorschlag, der einen Grundpfeiler des Weißbuchs (2011) zum nachhaltigen Verkehr darstellt.

*Eine Pressekonferenz mit Berichterstatter Said El Khadraoui (S&D, Belgien) und Verkehrskommissar Siim Kallas ist nach der Abstimmung um 13:30 Uhr geplant (Änderungen vorbehalten).*

*Debatte: Dienstag, 7. Juni 2011*

*Abstimmung: Dienstag, 7. Juni 2011*

*Verfahren: Mitbestimmung, 2. Lesung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf zur Revision der Wegekostenrichtlinie](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(EN\)](#)
- [Pressemitteilung zum Verhandlungsergebnis EP-Rat](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Said El Khadraoui \(S&D, BE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Abstimmung über Bulgariens und Rumäniens Beitritt zum Schengen-Raum

**Das Parlament wird darüber abstimmen, ob Bulgarien und Rumänien die Bedingungen erfüllen, um dem grenzkontrollfreien Schengengebiet beizutreten. Der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten bejaht dies, betont aber, dass das Parlament über zusätzliche Maßnahmen informiert werden müsse, die im Grenzgebiet zwischen Bulgarien, der Türkei und Griechenland getroffen werden, um auf einen eventuellen Anstieg des Migrationsdrucks zu reagieren.**

Das Parlament wird am Mittwoch, den 8. Juni, seine Stellungnahme darüber abgeben, ob Bulgarien und Rumänien dem Schengen-Raum beitreten sollten. Am 9. und 10. Juni wird der Rat für Justiz und Inneres darüber diskutieren. Die wesentliche Voraussetzung für den Beitritt zum Schengen-Raum ist die Fähigkeit, die Sicherheit der Außengrenzen der EU zu gewährleisten.

Der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten hat am 2. Mai betont, dass die noch offenen Fragen im Zusammenhang mit den Landgrenzen von Bulgarien mit der Türkei und Griechenland - eine der empfindlichsten Außengrenzen der EU, die auch künftig eine regelmäßige Berichterstattung und weitere Aufmerksamkeit erforderlich macht - kein Hindernis für die volle Schengen-Mitgliedschaft darstellen.

Die Prüfung, ob die neuen Mitglieder alle Schengen-Anforderungen erfüllt haben (Kontrolle der Land-, See- und Luftgrenzen, Erteilung von Visa, polizeiliche Zusammenarbeit sowie die Bereitschaft, das Schengen-Informationssystem und Datenschutzmechanismen zu nutzen), ist eine Voraussetzung für den Ministerrat, um nach Anhörung des Parlaments zu entscheiden, ob die Kontrollen an den Binnengrenzen zu den beiden Mitgliedstaaten abgeschafft werden können.

*Eine Pressekonferenz des Berichterstatters ist geplant für Mittwoch, den 8. Juni, um 13:30 Uhr (Änderungen vorbehalten).*

*Debatte: Dienstag, 7. Juni 2011*

*Abstimmung: Mittwoch, 8. Juni 2011*

*Verfahren: Konsultation*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über Schengen-Besitzstand in der Republik Bulgarien und Rumänien](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(02.05.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Carlos COELHO \(EVP, PT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Diskussion über E.coli-Ausbruch in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten

**Die Abgeordneten werden am Dienstag mit der Kommission über den Ausbruch von EHEC(Enterohämorrhagische Escherichia coli) in Deutschland und in anderen Mitgliedstaaten diskutieren. Bis zum 31. Mai starben bereits 10 Menschen an der Krankheit und allein in Deutschland wurden bis dahin 373 schwere Fälle diagnostiziert.**

Seit dem 22. Mai sind weitgehend Menschen in Norddeutschland von der Krankheit betroffen, es wurden jedoch auch Fälle in Schweden, Dänemark, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden, Österreich und Frankreich diagnostiziert.

*Debatte: Dienstag, 7. Juni 2011*

*Verfahren: Erklärung der Kommission*

### Weitere Informationen:

- [Kommissionswebseite zum e.coli-Ausbruch](#)

# Plenartagung

## Abgeordnete diskutieren Ungarns neue Verfassung

**Rat und Kommission werden am Mittwoch die Europaparlamentarier darüber informieren, was sie planen, um zu garantieren, dass die geänderte ungarische Verfassung nicht gegen die Grundwerte und Prinzipien der EU verstößt. Die Abstimmung über eine diesbezügliche Resolution wird während einer späteren Plenarsitzung erfolgen.**

Am 25. Mai wurden die Mitglieder des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten über ein Rechtsgutachten, das derzeit auf Ersuchen des Europarats erstellt wird, informiert. Dieses Gutachten über die ungarische Verfassung soll am 17./18. Juni angenommen werden.

Debatte: Mittwoch, 8. Juni 2011

Verfahren: Stellungnahmen des Rates und der Kommission

### Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung zur Debatte im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten](#)

# Plenartagung

## EU-Russland-Gipfel: Pläne zur Vereinfachung der Visaregeln

**Die Abgeordneten werden am Mittwoch mit Kommissar Füle unter anderem über den kürzlich vereinbarten Fahrplan zur Vereinfachung der EU-Visapolitik mit Russland debattieren, die bei dem am 9. Juni in Nizhny Novgorod stattfindenden EU-Russland-Gipfel zur Sprache kommen wird.**

Weitere Themen der Debatte werden wohl die Vorbereitung Russlands zum Beitritt zur WTO und die Verhandlungen einer neuen EU-Russland-Partnerschaft sein. Am Donnerstag, den 9. Juni, werden die Abgeordneten eine Entschließung zum Partnerschaftsabkommen annehmen.

*Debatte: Mittwoch, 8. Juni 2011*

*Abstimmung: Donnerstag, 9. Juni 2011*

*Verfahren: Nicht-legislative Entschließung*

# Plenartagung

## Strengere Regeln für Ratingagenturen

Das Parlament wird am Dienstag über seine Prioritäten für die Reform der Regeln für Ratingagenturen abstimmen, einige Wochen, bevor die Kommission einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen wird. Wichtig sind den Abgeordneten die Förderung des Wettbewerbs und die Verringerung der Abhängigkeit von Ratings. Die Fraktionen sind sich jedoch noch nicht über die beste Art der Bewertung von Staatsverschuldungen und über die Finanzierung einer europäischen Bewertungsstiftung einig.

*Eine Pressekonferenz des Berichtstatters Wolf Klinz (FDP, Deutschland) ist geplant für Dienstag, den 7. Juni 2011, um 13 Uhr (Änderungen vorbehalten).*

*Debatte: Montag, 6. Juni 2011*

*Abstimmung: Dienstag, 7. Juni 2011*

*Verfahren: Nicht-legislative EntschlieÙung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf](#)
- [Presseerklärung zur Ausschussabstimmung \(EN/FR-16.03.2011\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichtstatters Wolf Klinz \(FDP, Deutschland\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

## Mehr als das BIP

**Das Bruttoinlandsprodukt galt lange Zeit als maßgeblicher Richtwert der Wirtschaft eines Landes; es berücksichtigt jedoch weder das Wohlbefinden der Menschen noch die Nachhaltigkeit der Nutzung von Ressourcen. Die Abgeordneten werden über zwei Texte abstimmen, die darauf abzielen, dass bei der Bewertung unserer Volkswirtschaften auch soziale und ökologische Aspekte neben dem Einheitsmaß von US-Dollar pro Kopf berücksichtigt werden.**

Der Gesetzentwurf zum Thema "Umweltökonomische Gesamtrechnungen", der von Jo Leinen (SPD, Deutschland) als Berichterstatter erarbeitet wurde, hält die Mitgliedstaaten dazu an, ihre Nutzung natürlicher Ressourcen eingehender zu prüfen und sowohl dem EU-Statistikamt Eurostat als auch der allgemeinen Öffentlichkeit Rechenschaft darüber abzulegen.

Eine von Anna Rosbach (EKR, Dänemark) erarbeitete (nicht bindende) Entschließung zum Thema "Das BIP und mehr – Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel" unterstützt darüber hinausgehend auch den Vorschlag der Kommission einer besseren Berücksichtigung von sozialen Indikatoren. Beide Berichte unterstreichen, dass eine breitere Basis für das Verständnis unserer Volkswirtschaften von grundlegender Bedeutung für die Verbesserung der Politikgestaltung ist.

*Eine Pressekonferenz des Berichterstatters Jo Leinen (S&D, Deutschland) ist geplant für Dienstag, den 7. Juni 2011 um 11:30 Uhr (Änderungen vorbehalten).*

*Debatte: Das BIP und mehr; ohne Debatte: Europäische Umweltökonomische Gesamtrechnungen: Donnerstag, 9. Juni 2011*

*Abstimmung: Das BIP und mehr: Dienstag, 7. Juni 2011; Europäische Umweltökonomische Gesamtrechnungen: Donnerstag, 9. Juni 2011*

*Verfahren: Das BIP und mehr, Nichtbindende Entschließung; Europäische Umweltökonomische Gesamtrechnungen: Mitentscheidung, 1. Lesung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf - Das BIP und mehr](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Anna Rosbach](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Berichtsentwurf - Umweltökonomische Gesamtrechnungen](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Jo Leinen](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## "Unangemessene" Nutzung des Europäischen Haftbefehls

**Die Abgeordneten werden am Mittwoch Rat und Kommission über ihre Pläne befragen, wie sie der "unangemessenen" Nutzung des europäischen Haftbefehls ein Ende setzen wollen. Einige Parlamentarier befürchten, dass trotz der hohen Kosten für Auslieferungsverfahren von Verdächtigen dieser Haftbefehl zur Strafverfolgung von Kleinverbrechern wie Fahrraddieben benutzt wird. Dabei könnten auch Grundrechte verletzt werden.**

Die EU-Mitgliedsstaaten haben zwischen 2005 und 2009 insgesamt 54.689 Europäische Haftbefehle ausgestellt, die zur Auslieferung von 11.630 Verdächtigen geführt hat. Sein Ansehen wird jedoch durch Berichte getrübt, wonach er mehr für Verhöre eingesetzt wird als zu Zwecken der Strafverfolgung und des Strafvollzugs. Die Abgeordneten werden zudem ihre Bedenken über eine unzureichende rechtliche Vertretung, das Fehlen eines wirksamen Anspruchs zur Anfechtung des Europäischen Haftbefehls und schlechte Haftbedingungen äußern.

*Debatte: Mittwoch, 8. Juni 2011*

*Verfahren: Mündliche Anfragen*

### Weitere Informationen:

- [Kommissionsbericht - Europäischer Haftbefehl & Übergabeverfahren zw. den Mitgliedstaaten, 11.04.2011](#)
- [Mündliche Anfrage der Grünen/EFA-Fraktion an den Rat](#)
- [Mündliche Anfrage der Grünen/EFA-Fraktion an die Kommission](#)
- [Mündliche Anfrage der EVP-Fraktion an den Rat](#)
- [Mündliche Anfrage der EVP-Fraktion an die Kommission](#)
- [Mündliche Anfrage der ALDE-Fraktion an den Rat](#)
- [Mündliche Anfrage der ALDE-Fraktion an die Kommission](#)
- [Mündliche Anfrage der S&D-Fraktion an den Rat](#)
- [Mündliche Anfrage der S&D-Fraktion an die Kommission](#)

# Plenartagung

## Weitere Punkte auf der Tagesordnung

**Thema der Fragestunde mit Präsident Barroso am Dienstag um 15 Uhr wird das Ergebnis des G8 Gipfels in Deauville sein. Außerdem werden die Abgeordneten Stresstest für AKWs und die nukleare Sicherheit in den EU-Nachbarschaftsstaaten diskutieren.**

Weitere Punkte auf der Tagesordnung:

7. Rahmenprogramm der EU für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration

Bericht: Jean-Pierre Audy (A7-0160/2011)

Handelsbeziehungen EU-Kanada

Anfrage zur mündlichen Beantwortung

Gewährleistung unabhängiger Folgenabschätzungen

Bericht: Angelika Niebler

Außenpolitische Dimension der Sozialpolitik, Förderung von arbeits- und sozialrechtlichen Standards und soziale Verantwortung der Unternehmen

Bericht: Richard Falbr

Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit

Bericht: Gay Mitchell

Optionen für die Einführung eines Europäischen Vertragsrechts für Verbraucher und Unternehmen

Bericht: Diana Wallis

Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zur Unterstützung der Strategie Europa 2020

Bericht: Nadja Hirsch

Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Ágnes Hankiss

Bericht: Diana Wallis

Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs (Herr H.G. Wessberg - SV)

Bericht: Inés Ayala Sender

Ursprungsnachweise für bestimmte Textilwaren

Bericht: Jan Zahradil

Beteiligung Kroatiens an den Arbeiten der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht

Empfehlung: Debora Serracchiani

Erweiterung des Geltungsbereichs der Verordnung über den gewerbsmäßigen grenzüberschreitenden Straßentransport von Euro-Bargeld zwischen Mitgliedstaaten der Euro-Zone

Empfehlung: Sophie Auconie

Gewerbsmäßiger grenzüberschreitender Straßentransport von Euro-Bargeld zwischen Mitgliedstaaten der Euro-Zone

Bericht: Sophie Auconie

Europäische Satellitennavigationsprogramme

Bericht: Vladimír Remek (A7-0165/2011)

Verkehrsbezogene Anwendungen der globalen Satellitennavigationssysteme

Bericht: Silvia-Adriana Ţicău

Internationale Luftverkehrsabkommen im Rahmen des Vertrags von Lissabon

Bericht: Brian Simpson

# Plenartagung

Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zur 66. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen

Bericht: Alexander Graf Lambsdorff

Europäischer Haftbefehl

Anfragen zur mündlichen Beantwortung

Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit

- Madagaskar
- Guantanamo
- Ukraine: der Fall Yulia Tymoshenko und weiterer Mitglieder der ehemaligen Regierung